



Kern: Bei der Lehrergewinnung über das kommende Schuljahr hinausdenken

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, sagte zur Vorstellung der geplanten Maßnahmen des Kultusministeriums zur Lehrergewinnung:

„Man kann Frau Eisenmann und ihrem Ministerium sicherlich nicht Untätigkeit angesichts der drohenden Unterversorgung zahlreicher Schulen mit Lehrern machen. Das vorgeschlagene Maßnahmenbündel wird hoffentlich dazu beitragen, dass wie beabsichtigt mindestens die Hälfte der rund 700 offenen Lehrerstellen zum Schuljahr 2017/18 noch besetzt werden können.

Einerseits mahnen uns aber die jüngst nach oben korrigierten Schülerzahlprognosen, dass bei der Gewinnung des Lehrernachwuchses über die Sicherung der Unterrichtsversorgung zum jeweils kommenden Schuljahr hinaus gedacht werden muss. Eine fundierte Erhebung des Bedarfs an Lehrerstellen lässt seit Jahren auf sich warten. Die Vorlage eines ersten Berichts des Rechnungshofs hierzu wurde auf den Spätherbst 2017 verschoben. Zudem wurden bei bildungspolitischen Entscheidungen in der Vergangenheit häufig zu wenig beachtet, dass hierfür zunächst Lehrer in ausreichender Zahl ausgebildet und gewonnen werden müssen. Eine sorgsamere Folgenabschätzung täte hier Not.

Andererseits wünschte man sich von der Kultusministerin, den Schulen vor Ort noch mehr zuzutrauen und sie in den Stand zu versetzen, beispielsweise ihre Personalangelegenheiten weitgehend selbständig regeln zu können. Wenn eine Schule ihre Stellen in eigener Verantwortung besetzen und Personalentwicklung betreiben kann, kann sie Bewerbern attraktive Perspektiven bieten.

Auch könnten Schulen die Möglichkeit erhalten, Verwaltungsassistenten anzustellen, um Lehrer und Schulleiter von den vielen administrativen Aufgaben zu entlasten und ihnen mehr Kapazitäten für ihre pädagogischen Aufgaben zu verschaffen. Dies sollte von Seiten des Landes bezuschusst werden. Aber auch wenn Lehrerstellen nicht besetzt werden konnten, könnten die dafür zur Verfügung stehenden Mittel geschöpft und in Verwaltungspersonal investiert werden.“